

Mehrheit gegen Aufarbeitung; Politiker in Kosovo wollen Tribunal zu Kriegsverbrechen verhindern

30/01/2018 - Süddeutsche Zeitung / Germany

In Kosovo wächst der Widerstand gegen eine Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, die von der albanischen „Befreiungsarmee“ UÇK begangen wurden. Unterstützt von der Mehrheit im Parlament soll nun ein Gesetz zu Fall gebracht werden, das 2015 der Einrichtung eines Kosovo-Sondergerichts in Den Haag den Weg bereitetete. Die USA und die EU, die das Tribunal erzwungen hatten, sind alarmiert und warnen Kosovo vor einem Verlust westlicher Unterstützung sowie drohender Isolation.

Den Planungen zufolge soll das Sondergericht noch 2018 die ersten Anklagen erheben wegen Verbrechen, die zwischen 1998 und 2000 während und nach dem Kosovokrieg an Serben, Roma und mutmaßlichen kosovarischen Kollaborateuren verübt wurden. Ins Visier dürften dabei auch heutige Regierungsvertreter bis hinauf zu Präsident Hashim Thaçi geraten, der damals zu den wichtigsten UÇK-Kommandeuren zählte. Zahlreiche Ex-Kämpfer sind in Machtpositionen gelangt, schöpfen durch Korruption und Kriminalität viel Geld ab und pflegen den um sie herum aufgebauten Heldenmythos. Durch das Sondertribunal sehen sie ihre Kreise gestört.

Im Kosovo-Krieg hatte die UÇK für eine Abspaltung der mehrheitlich von Albanern bewohnten Provinz von Serbien gekämpft. Mit Unterstützung der Nato wurden die serbischen Einheiten 1999 aus Kosovo vertrieben, insgesamt starben mehr als 13 000 Menschen. 2008 erklärte sich Kosovo für unabhängig, was Serbien bis heute nicht anerkennt. Waren zunächst nur Kriegsverbrechen von serbischer Seite untersucht worden, so gerieten zunehmend auch Grausamkeiten im Umfeld der UÇK ins Blickfeld. 2011 warf der Schweizer Europaparlaments-Abgeordnete Dick Marty in einem aufsehenerregenden Bericht den albanischen Kämpfern standrechtliche Erschießungen, Entführungen und sexuelle Gewalt vor. In mehreren Fällen sollen Opfern Organe entnommen und verkauft worden sein. Im Auftrag der EU wurde diese Vorwürfe überprüft und bestätigt.

Weil eine Aufarbeitung in Kosovo selbst unwahrscheinlich erschien, drang der Westen auf die Einrichtung des Sondergerichts. Mit der Drohung, dass ein solches Tribunal auch von den Vereinten Nationen beschlossen werden könnte, brachte man 2015 Kosovos

Führung trotz vielfältiger Proteste dazu, dem Gericht per Gesetz zuzustimmen. Formal ist es dem kosovarischen Rechtssystem angegliedert. Die Objektivität wird durch den Standort Den Haag und das internationale Personal sichergestellt. Die Finanzierung übernimmt die EU mit jährlich 29 Millionen Euro.

Doch mittlerweile haben UÇK-Veteranen eine Gegenbewegung organisiert. Sie werfen dem Sondergericht Diskriminierung vor, weil nur Bürger Kosovos und keine Angehörigen der serbischen Streitkräfte angeklagt würden. Vom Parlament in Pristina wurde nun ein Gesetzentwurf erarbeitet, um das Gesetz von 2015 zu kippen. Die Regierung hat nun 30 Tage Zeit für eine Antwort. Rückenwind kommt bereits von Präsident Thaçi, der das Tribunal inzwischen als „historisches Unrecht“ geißelt. Andere Ex-Kommandeure drohen gar mit einem Aufruhr für den Fall von Verhaftungen durch das Sondergericht. Der Streit um das Tribunal könnte so die ohnehin wachsende Instabilität in Kosovo weiter befördern.